

„Une annexion déguisée“ ? Frankreich und die Saar 1918-1920

Mit der sog. Novemberrevolution und der Besetzung der linksrheinischen Gebiete endete der Erste Weltkrieg auch für die Menschen im preußischen und bayerischen Teil des Industriereviere zwischen Saar und Blies. Die französische Militärverwaltung sorgte zwar für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, bedeutete jedoch auch zwischen Siegern und Besiegten ein konfliktreiches Nebeneinander. Wuchertum, Versorgungsengpässe, Hunger und Streiks prägte zudem die ersten Nachkriegsmonate, begleitet von strengen Maßnahmen der Militärverwaltung. Die französische Besatzungspolitik unterschied sich dabei mehr und mehr vom übrigen Rheinland, stellte Ministerpräsident Clemenceau doch auf der Pariser Friedenskonferenz territoriale Ansprüche nach der Saar. Zwar scheiterte eine Annexion oder ein französisches Protektorat am Widerstand der Verbündeten – allen voran von US-Präsident Wilson – doch sah der Versailler Vertrag eine starke französische Stellung im neu geschaffenen Saargebiet vor. Entgegen der ursprünglich von Großbritannien und den USA beabsichtigten neutralen Verwaltung des Mandatsgebiets des Völkerbundes nahm im Februar 1920 eine weitgehend frankophile Regierungskommission in Saarbrücken ihre Arbeit auf. Deren Politik sorgte vor allem Anfang der 1920er Jahre für ein Spannungsfeld zwischen Paris, Berlin und Genf und wurde von der Bevölkerung weitgehend als „Fremdherrschaft“ empfunden.